

Antrag auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Verbesserung der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen im Hamburger Imkereiwesen

An
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und
Agrarwirtschaft
Abteilung Agrarwirtschaft
z.Hd. Fr. Andrzejewski / A 1131

Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Bewilligung einer Subvention

I. Ich/Wir beantrage/n die Bewilligung einer Subvention in Höhe von

_____ €

II. Subventionszweck:

Die beantragte Subvention soll folgendem Zweck dienen:

Informationsveranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

III. Beizufügende Unterlagen:

Ein Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der gesamten mit dem Subventionszweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben).

Eine rechtsverbindliche Erklärung darüber, ob eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG besteht.

Die letzte Jahresschlussbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. die letzte Steuerbilanz oder der sonstige letzte Jahresabschluss (sofern zutreffend).

KMU-Selbsterklärung

5. Unterliegt das Unternehmen oder eine der in Nr. 3 bezeichneten Personen Beschränkungen in der Verfügung über das Vermögen?

ja nein

6. Ist die Durchführung des Projektes und Aufgaben ohne die Subvention nicht möglich oder gefährdet? Aus welchen Gründen ist die Bewilligung von Mitteln nicht bei anderen Stellen beantragt oder von einer Kreditaufnahme abgesehen worden? Ggf. als Anlage ersetzen

7. Projektbeschreibung (ggf. als Anlage ergänzen)

8. Hat bei Projektförderung die Maßnahme Auswirkungen auf die Ertragslage des Unternehmens, bei öffentlichen Unternehmen insbesondere auf Zahlungen an den Haushalt (z. B. Dividenden, Pachten)?

ja nein

9. Höhe der Mittel, mit denen die oder der Antragstellende sich an der Durchführung der Projekte oder Aufgaben beteiligt, für die die Subvention beantragt wird:

	Jahr	Jahr	Jahr
	20__	20__	20__
Gesamtausgaben			
Eigenmittel des Antragstellers			
Mittel Dritter			
Einnahmen aus dem Projekt			
Höhe der beantragten Zuwendung			

10. Förderzeitraum:

Von _____ bis _____

Hinweis: Mit der Durchführung der Maßnahmen darf nicht vor dem Datum des Zuwendungsbescheides begonnen werden. Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn führt zur Ablehnung des Förderantrages bzw. zur Aufhebung des Zuwendungsbescheides, soweit die Bewilligungsbehörde nachträglich von einem vorzeitigen Maßnahmebeginn Kenntnis erhält.

11. Wir bitten um Zustimmung zum vorzeitigen Beginn vor Bewilligung

ja nein

Begründung (ggf. als Anlage ergänzen):

V. Angaben und Erklärungen der Antragstellerin oder des Antragstellers

Ich/Wir erkläre/n, dass

- ich/wir die **Selbsterklärung zur Einhaltung der KMU-Definition (Anlage 1)** (Mitarbeiterzahl, Umsatzerlöse, Bilanzsumme) mit entsprechenden Belegen dem Antrag beigefügt haben.
- ich/wir **zahlungsfähig** bin/sind und gegen mich/uns **kein Vergleichs- oder Insolvenzverfahren** unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist, und ich/wir unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitteile/n, wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Vergleichs- oder Insolvenzverfahren bevorstehen sollte.
- mir/uns nicht bekannt ist, dass gegen mich/uns ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des **Subventionsbetruges** oder eines anderen Vermögensdeliktes anhängig ist.
- gegen mich/uns keine **Untersagung nach § 35 Gewerbeordnung** in der aktuellen Fassung vorliegt.
- mein/unser Unternehmen seinen gesamten **Verpflichtungen** zur Zahlung von Steuern und Beiträgen **zur Sozialversicherung nachgekommen** sind.
- ich/wir **im Falle einer Abtretung** meiner/unserer Ansprüche aus der Antragstellung dieses spätestens einen Monat vor Zahlung der Zuwendung der Bewilligungsbehörde mitteilen werde/n.
- meine/unsere Angaben **richtig und vollständig** aufgeführt wurden.
- mir/uns die **Strafbarkeit des Subventionsbetruges** nach § 264 StGB bekannt ist.

VI. Datenschutz

1. Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist (vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung – DS-GVO – in Verbindung mit § 4 Hamburgisches Datenschutzgesetz – HmbDSG).
2. Informationspflichten bei einer Erhebung von personenbezogenen Daten der oder des Zuwendungsempfängenden nach Art. 13 DS-GVO:
Mir/Uns sind ferner die Inhalte des in diesem Zusammenhang übermittelten Informationsschreibens nach Art. 13 DS-GVO bekannt.
3. Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 7 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft in Bürgerschaftsdrucksachen veröffentlicht werden können und dass Zuwendungsdaten aufgrund des Hamburgischen Transparenzgesetzes in elektronischer Form im Informationsregister veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

VII. Sonstige Verpflichtungen

1. Gemäß Art. 55 Abs. 7 der Verordnung (EU) 2021/2115¹ müssen die Mitgliedstaaten die Anzahl der Bienenstöcke in ihrem jedes Jahres bestimmen. Sofern es sich beim Antragsteller um einen nicht im Verband organisierten Imker handelt, hat dieser daher im Rahmen der Antragstellung die **Anzahl seiner Bienenstöcke** anzugeben und zu belegen (z.B. Anzeigeformular der Bienenhaltung).
2. Sofern es sich bei dem Antragsteller um einen Landesimkerverband handelt, hat dieser jährlich die Zahl der von seinen Mitgliedern zum 31. Oktober eingewinterten Bienenstöcke zu erheben und die Summe bis zum 31. Dezember an die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft zu melden.
3. Ich/Wir nehme/n davon Kenntnis, dass kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.
4. Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Verpflichtungen, Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.

(Ort, Datum)

Unterschrift(en) / Vereins- oder Firmenstempel)

¹ Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. EU Nr. L 435 S. 1)